

29. I. 1916

Die Kriegslage der deutschen Volkswirtschaft.

§ Düsseldorf, 28. Jan. Der in der heutigen Jahresitzung der hiesigen Handelskammer vorgelegte Bericht beschäftigte sich an erster Stelle und in eingehender Weise mit der Kriegslage der deutschen Volkswirtschaft. Die deutsche Volkswirtschaft habe sich zwar auf eine viel längere Dauer des Kriegs einrichten müssen als vielfach angenommen wurde, aber ihre Einstellung auf die Kriegsverhältnisse sei glücklich durchgeführt und nach der ersten Kriegsverwirrung eine überraschende Wiederaufrichtung des Gewerbslebens erreicht worden. Die Eigenart der Industrie des Kammerbezirks im besonderen habe es mit sich gebracht, daß hier ein Rückschlag der wirtschaftlichen Lage nicht sehr verspürt werde. In ungeahnter Weise sind Frauen in der Arbeit an die Stelle der Männer getreten; die in den Kreisen der männlichen Arbeiter vielfach vorhandene Befürchtung, daß der Frauenwettbewerb im Frieden sich fühlbar machen werde, wird von der Kammer nicht geteilt, da abgesehen von der Frage dauernder Leistungsfähigkeit in manchen Gewerbezweigen die Frau nach Friedensschluß schon deshalb aus der Arbeit werde ausscheiden müssen, weil sie auf die Dauer in der Familie nicht entbehrt werden könne. Die Knappheit einiger Rohstoffe kann, wie der Bericht betont, die Gesamtleistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft nicht berühren und insbesondere keine einzige Kriegsnotwendigkeit in Frage stellen. Dagegen hat der Zwang zu sparsamer Wirtschaft und zur Verwendung von Ersatzstoffen in der Industrie zu guten Erfahrungen, z. B. beim Ersatz teurer Metalle durch billige in einem Maß geführt, daß ein erheblicher Teil dieser Kriegserrunggenschaften in die Friedenswirtschaft übergehen und die vorübergehende Abgeschlossenheit von fremden Rohstoffen zu einer dauernden größeren Unabhängigkeit von fremden Märkten führen wird. Bemerkenswert sind die Äußerungen des Berichts zur Frage der Kriegsgewinne. Ganz abgesehen davon, daß an außergewöhnlichen Kriegsgewinnen die Heeresverwaltung nicht ganz unschuldig sei, dürfe nicht vergessen werden, daß die ersten Kriegspreise, die unterdessen in sehr vielen Fällen wesentlich herabgesetzt worden sind, in der Zeit der ersten Kriegsüberraschung so hoch gegriffen werden mußten, um die schnelle Versorgung zu gewährleisten. Und da auch die minder gut eingerichteten Betriebe mit herangezogen werden mußten, erhöhten sich die Preise noch mehr. Dazu kam, daß die Notwendigkeit, auch das Handwerk zu berücksichtigen, angesichts seiner ungünstigeren Arbeitsbedingungen abermals verteuernd wirkte und endlich, daß die Preise zunächst auf eine kürzere Kriegsdauer mit notwendig hoher Abschreibung der Fabrik-Kriegseinrichtungen abgestellt waren. Noch alledem könne im allgemeinen nicht gesagt werden, daß die Kriegsgewinne der Industrie auf einer Uebervorteilung der Heeresverwaltung beruhen. Sehr energisch wendet sich der Bericht dagegen, daß aus der von der Bevölkerung geforderten „Beseitigung und Besteuerung unberechtigter Kriegsgewinne“ im Reichstage „nicht nur eine allgemeine Kriegsgewinnsteuer geworden, sondern eine allgemeine Gewinnsteuer, eine Fortsetzung des Wehrbeitragsgesetzes mit besonders hohen Steuerätzen.“ Die Handelskammern hätten sich, obschon gegen diese allgemeine Gewinnsteuer im Kriege sehr ernste Bedenken geltend gemacht werden könnten, doch mit dem Gedanken einer allgemeinen Gewinnsteuer abgefunden, nicht aber könne geschwiegen werden „zu dem weitergehenden Plane, der Industrie fast den gesamten im Krieg erzielten Gewinn ohne Rücksicht auf die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge wegzunehmen“, zumal die Industrie die Möglichkeit haben müsse, angesichts der der deutschen Volkswirtschaft nach dem Kriege harrenden Belastung sich für diesen Kampf so stark als nur möglich zu rüsten. Zum Schluß beschäftigt sich der Bericht noch mit der Frage der Wiedereinstellung unserer Volkswirtschaft auf die Friedensarbeit.